

Luxemburg, den 24. April 2020

34. Tschernobyl Jahrestag

Atomkraft ist eine Risikotechnologie ohne Zukunft!

Am Sonntag jährt sich die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl bereits zum 34. Mal. An diesem Jahrestag, sowie neun Jahre nach den Kernschmelzen in Fukushima, gedenken wir allen Opfern von Nuklearunfällen und erinnern daran, dass Atomkraft eine Risikotechnologie mit katastrophalen Auswirkungen für Mensch und Natur ist. Auch 34 Jahre nach Tschernobyl sind längst nicht alle Schäden behoben und die Auswirkungen des GAUs noch immer deutlich zu spüren.

So brennen seit Anfang April im Sperrgebiet des explodierten Atomreaktors mehrere tausend Hektar Wald, die immer noch radioaktiv kontaminiert sind. Die radioaktiven Partikel aus Laub und Boden werden durch die Brände wieder freigesetzt und mit dem Wind über große Flächen Europas verteilt. Sie stellen dadurch immer noch eine gesundheitliche Gefahr für Mensch und Umwelt dar.

Tschernobyl gilt bis heute als folgenschwerster Atomunfall, mit Auswirkungen auf ganz Europa und Kosten von mehreren hundert Milliarden Euro. Zwar wurden nach dem Atomunfall in Tschernobyl neue internationale Atomhaftungsabkommen erarbeitet, aber die festgelegten Haftungsgrenzen liegen noch immer um weit mehr als das Hundertfache unter den Kosten der bisherigen Katastrophen. Anstatt darauf ausgerichtet zu sein, nach einem Atomunfall konsequent den Opfern zu helfen, dienen diese Abkommen also vor allem dazu, die AKW-Betreiber nach einem Atomunfall vor dem Bankrott zu bewahren. Das muss sich ändern!

Deshalb hat die luxemburgische Regierung ein eigenes Atomhaftungsgesetz ausgearbeitet. Der Entwurf sieht vor, dass bei Auswirkungen auf Luxemburg die vollen Schadensersatzansprüche der Einwohner*innen ohne „internationale“ Begrenzung und bis zu 30 Jahre nach dem Unfall vor luxemburgischen Gerichten eingeklagt werden können. Das luxemburgische Atomhaftungsgesetz ist damit auch ein wichtiger Baustein, um die Preiswahrheit bei der Nutzung der Risikotechnologie Atomkraft herzustellen. Die Abgeordnetenkammer wird in den kommenden Wochen ihre Arbeiten am Gesetz abschließen.

Für uns ist klar: Atomkraft ist eine Risikotechnologie die weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll ist und deshalb keine Rolle im zukünftigen Energiemix Europas spielen darf. déi gréng werden sich weiterhin auf EU-Ebene mit ganzer Kraft gegen die Subventionierung von Atomkraft im Rahmen von europäischen Konjunktur- und Investitionsprogrammen einsetzen.

Djuna Bernard & Christian Kmiotek, Co-Präsidenten von déi gréng